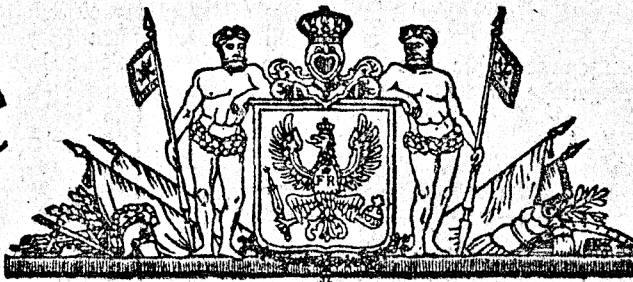


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

15 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme d. Handelsstelle): I. V. J. Elbau in Bln.-Tempelhof

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech.-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Der Abtransport aus dem Baltikum.

Rückkehr der früheren Fronttruppen.

Nachdem in den letzten Tagen schon Etappentruppen abtransportiert waren, beginnt nunmehr im Baltikum der Abtransport der früheren Fronttruppen. Es sind bereits Artillerie-Abteilungen und Radfahrer-Kompagnien in der Gegend von Schaulen eingetroffen und teils schon verladen, teils im Verladen begriffen.

Das Verhältnis zwischen den Truppen des Obersten Witgolitich und den Litauern ist noch immer ungeklärt. Man hat den Eindruck, als ob die Engländer ihren Einfluß auf die Litauer gegen die russische Westarmee geltend machen. Der für den Abtransport der deutschen Truppen besonders in Betracht kommende Bahnhof Radziwiliiski ist im Einvernehmen mit dem litauischen Oberkommando von deutschen Truppen besetzt worden. Die Lage scheint im übrigen nach wie vor so zu sein, daß in der Nähe von Schaulen die Litauer größere Truppenmengen zusammenziehen.

Der Angriff der Letten und Esten an der Düna vor Riga ist sowohl bei Riga wie bei Friedrichstadt zurückgewiesen worden. Sonst ist die Lage bei Riga unverändert. Kämpfe scheinen zurzeit nicht stattzufinden.

Der „Jutrantsigeant“ ist General Mangin, der bis jetzt die Okkupationsarmee in Mainz befehligte, zum Mitglied der internationalen Militärkommission für die Räumung des Baltikums ernannt worden. Er wird den Vorsitz in der Kommission führen.

Die Kämpfe in Rußland.

Einer amtlichen Neutermeldung aus London zufolge hat Denikin die Bolschewisten am 13. Oktober bei Sarajyn geschlagen.

In den Kämpfen um Riga haben die Letten Erfolge gegen die Armee Petmondt errungen. Dünamünde wurde von den Letten erobert, auch bei Jakobstadt kamen sie vorwärts.

Nach einer Meldung der „Liberté“ hat Casonow erklärt, die russische Bottschaft in Paris habe ein Telegramm erhalten, das offiziell die Besetzung Petersburgs durch General Judenitsch bestätigt. Die roten Truppen hätten die Stadt geräumt.

Frankreichs Geschäftsträger in Berlin.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

b Genf, 20. Oktober.

Der bisherige Generalkonsul von Genua, de Marcilly, wird zum Geschäftsträger in Berlin ernannt werden und dort amtieren, bis Frankreich sich wieder durch einen Botschafter in Berlin vertreten lassen wird. Man nimmt an, daß das etwa im Januar der Fall sein wird. Herr de Marcilly war während seiner Tätigkeit am Quai d'Orsay viel mit der Marokkofrage beschäftigt und infolgedessen auch an den Unterhandlungen mit Deutschland früher bereits beteiligt.

Der radikal-sozialistische Deputierte Charles Benoist ist zum Gesandten im Haag ernannt worden. Wie der „Temps“ hierzu meldet, scheidet Benoist infolge seiner Ernennung auch aus der Redaktion der „Nouvelles des deux Mondes“ aus.

Der bisherige französische Gesandte im Haag, Liège, der gestern nach dem Haag abgereist ist, um der Königin von Holland sein Abschiedsgeschreiben zu überreichen, wird wieder nach Wien zurückgehen, um die Verbindung zwischen Deutsch-Österreich und Frankreich aufrechtzuerhalten.

d'Annunzios Drohung.

d'Annunzio erklärte französischen Journalisten, daß weder Versprechungen noch Drohungen irgendwelchen Einfluß auf ihn und seine Truppen haben könnten. Er gebe nicht nach; er würde eher die Stadt und den Hafen in die Luft sprengen. Alles sei dazu vorbereitet. — Aus Paris melden die Blätter, daß die italienische Regierung jetzt mit der amerikanischen Regierung über die Vorschläge Linnons zur Lösung der Frage von Fiume, die die Unterstützung Frankreichs fanden, direkt verhandelt.

Wettungarns Anschließ an Oesterreich.

kl Wien, 19. Oktober.

Wie dem „Morgen“ mitgeteilt wird, begibt sich in acht bis zehn Tagen eine Entente-Mission nach Debensburg, um den Anschließ Wettungarns an Oesterreich vorzubereiten. Das in Wettungarn stehende Militär wird vorläufig unter der Kontrolle dieser Mission dort noch weiter verbleiben und den Wach- und Sicherheitsdienst besorgen. Später soll in Debensburg die österreichische Verwaltung eingerichtet werden, deren erste Arbeit die Vorbereitung der Wahlen für die wettungarische National-

Das estnische Kommando vom Freitag meldet, daß sich heftige Kämpfe in der Gegend von Pleskau abspielten. Die Esten hätten den Feind nach Osten zurückgeworfen. Es liegen aber auch widersprechende Meldungen vor.

Die Wirkung der Ostseesperre.

Aus den Hafensbüdten liegen neue Meldungen vor, die die katastrophale Wirkung der Ostseesperre von neuem verdeutlichen. Aus Swinemünde wird gemeldet, daß ausländische Schiffe nach wie vor ungehindert die Ostsee passieren, daß aber im übrigen der Hafenerkehr ruht. Gestern traf ein norwegischer Dampfer aus England kommend mit Herzingen für Deutschland ein. Neuzugänge wurden auch finnische Gerstewer in den Gewässern vor Swinemünde gestrichet. In Albed liegt der Hafenerkehr gleichfalls völlig still. Ausländische Schiffe passieren auch dort ungehindert.

Der „Times“ vom 16. Oktober zufolge ist bis zu diesem Tage der Presse der Ententeländer amtlich keine Kenntnis von der bereits am 9. Oktober erfolgten Absendung einer Note an Deutschland wegen Teilnahme an der Blockade des holländischen Küstlandes gegeben worden. Erst am 16. Oktober erfährt die „Times“ auf Grund eines Berichtes ihres Berliner Berichterstatters vom Londoner Auswärtigen Amt, daß eine „solche“ Note tatsächlich abgesandt sei, aber noch immer nicht den Wortlaut der Note. Zur Erklärung dieses eigenartigen Vorgehens läßt sich die „Times“ unter dem 16. d. M. aus Paris drücken: Am 9. Oktober sandte der Oberste Rat eine Note an Deutschland und gewisse neutrale Länder ab, in der deren Mitarbeit zur Sicherung einer Blockade gegen Sowjet-Rußland erbeten wurde. Der Rat beschloß, die Note zurzeit noch nicht zu veröffentlichen, bis er Antworten darauf erhalten hätte. Der Ausschluß der Deutschen Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten trat gestern zusammen, um die Art der den Ententemächten zu gebenden Antwort zu beraten. Das Sekretariat der Friedenskonferenz hat bereits Antworten von verschiedenen neutralen Mächten erhalten.

versammlung, die ihren Sitz in Debensburg haben wird, sein soll. Der Nationalversammlung wird auch die Entscheidung vorbehalten bleiben, ob Westungarn an Niederösterreich bzw. Steiermark angeschlossen oder als selbständiges Land der Bundesrepublik Oesterreich angegliedert werden soll. Der Anschluß dürfte in vier bis sechs Wochen vollzogen sein.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit beim Staatsgerichtshof.

Die Sitzungen des Untersuchungs-Ausschusses, die für den Staatsgerichtshof das Material vorbereiten sollen, sind nach den gesetzlichen Bestimmungen öffentlich. Sie sollten nach den Vorankündigungen auch öffentlich stattfinden. Unter dem Begriff der Öffentlichkeit verstand man bisher, daß auch entsprechende Vorkehrungen getroffen wurden, um mindestens einem gewissen Teil der Interessenten Zutritt zu gewährleisten, vor allem aber der Presse die Möglichkeit der Berichterstattung zu verbürgen. Merkwürdigerweise scheinen aber trotz der sehr erheblichen politischen Bedeutung der Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß von Seiten des Reichstagspräsidiums genügende Vorkehrungen nicht getroffen zu werden.

Im Gegenteil tut man alles Mögliche, um die Berichterstattung der Presse zu verhindern. Anstatt einen der großen Säle, die zur Verfügung stehen, z. B. den Sitzungssaal des Herrenhauses, für den doch immerhin einigermaßen wichtigen Zweck frei zu machen, besteht das Reichstagspräsidium darauf, die Verhandlungen in den Räumen des Reichstages stattfinden zu lassen. Die großen Zimmer dort enthalten natürlich nicht genügend Raum, um den voraussetzlichen Andrang der Reichstagsmitglieder zu bewältigen. An die Zulassung von Publikum ist überhaupt nicht zu denken, und da man ja schließlich die Presse nicht ganz ausschließen kann, so geht man damit um, eine Auswahl unter den Zeitungen und Korrespondenzen zu treffen.

Da wenigstens ein Teil der ausländischen Presse doch herbeigeführt werden muß, so bleibt für eine zulängliche Berichterstattung der deutschen Presse überhaupt kein Raum. Dabei ist es der Natur der Sache nach notwendig, daß die großen politischen Zeitungen außer denjenigen Redaktionsmitgliedern, die die direkte Berichterstattung für das Blatt zu übernehmen haben, auch ihre politischen führenden Persönlichkeiten entsenden. Es muß unter allen Umständen vom Reichstagspräsidium und auch vom Reichstagskabinett verlangt werden, daß beide Körperschaften alles tun um die in den Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß nicht vorzuziehen. In keinem anderen Lande der Welt würde sich die Öffentlichkeit ähnliches bieten lassen, wie es anscheinend bei uns geschehen soll.

Frieden auf dem Festland.

Von
Alexander Keltich.

Trotz aller Verzögerungen wird doch schließlich demnächst auch von den Gegnern der Versailles Friedensverträge ratifiziert werden. Das bedeutet nicht nur die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen und die — zunächst wohl bescheidene — Möglichkeit, Pässe in das bisher feindliche Ausland zu bekommen; nicht nur das Aufhören der theoretischen Möglichkeit für die bisherigen Gegner, uns ohne langen Notenwechsel sozusagen binnen fünf Minuten nochmals mit Krieg zu überziehen. Sondern der Friedensschluß ist vor allem das Ende jener Epoche, in der man glaubte, Politik „mit anderen Mitteln“ machen zu dürfen. Die Ausrede ist jetzt beseitigt, und man muß sich nun entschließen, — was nicht nur während des Krieges, sondern auch vorher verstanden worden war — Politik mit politischen Mitteln zu treiben oder, besser gesagt, *wirkliche* Politik zu treiben.

Das heißt: man muß die bisherigen Bespödochenheiten grundsätzlich aufheben und ins Gegenteil verkehren. Dazu gehört, daß man nicht mehr wie früher die Fremde, sondern die eigene Initiative zur Grundlage der eigenen Politik macht, und daß man jederzeit bereit ist, für politische Taten die Verantwortung zu tragen. Gerade im Leitartikel unserer heutigen Morgenausgabe ist wieder einmal an die merkwürdige Psychologie Bethmann-Hollwegs erinnert worden, der in entscheidenden Augenblicken gewöhnlich die Politik mißbilligte, die ihm angeblich andere aufzuzwingen, ohne je die natürliche Konsequenz daraus zu ziehen. Aber ist es jetzt anders? Alle Welt weiß, daß die deutsche Regierung erst im letzten Augenblick, anstatt vor Monaten, durch geeignete Maßnahmen den unverantwortlichen Eigenmächtigkeiten deutscher Truppenführer im Baltikum ein Ende bereite. Wozu man der Lärm darüber, daß die Entente Deutschland seine vorangegangenen Bespödochenheiten mitteillos entgelten läßt? Man muß die Vergangenheit tragen und die Zukunft schaffen wollen, nicht aber für das, was man selbst getan hat, ständig Absolution verlangen, und das, was die anderen getan haben, zur einzigen Richtschnur nehmen. Die Richtschnur ist vielmehr das eigene Lebensinteresse und das Verhältnis, in dem dieses zu den Interessen der anderen steht. Die rückwärts gewandte Betrachtung politischer Dinge hat uns in ihrer Unfruchtbarkeit zum internationalen Stein des Anstoßes werden lassen; sie hat uns übermächtige feindliche Koalitionen beschert, und sie ist auch geeignet, diese Koalitionen geradezu gegen den Willen der Beteiligten aufrecht zu erhalten. Nur eine Politik, die die Zukunft ins Auge faßt und die die kommenden Notwendigkeiten über den Gefühlsballast des Vergangenen stellt, vermag uns aus diesem Sumpf herauszuführen.

Deshalb ist „Kontinentalpolitik“ heute keine Nebensart, keine Utopie, sondern eine Notwendigkeit. Und es ist möglich, nach ihrer Möglichkeit zu fragen, denn der einzige Maßstab für das Mögliche ist die Vergangenheit, ist also unzulänglich. Obwohl die Vergangenheit, wenn sie richtig dargestellt würde, für die Möglichkeit der Kontinentalpolitik zeugt. Aus dem Verständnis der Gegenwart und der Vorausicht der Zukunft aber entspringt das Bewußtsein des Notwendigen.

Die schwierige wirtschaftliche und damit politische Vertretungsstellung der Kontinentalvölker wird auch in Deutschland von vielen eingesehen. Viele wissen auch, daß diese Schwierigkeit nur durch den Zusammenschluß des Kontinents zu einer Wirtschaftseinheit behoben werden kann, daß also Kontinentalpolitik in diesem unheimlichen Sinne eine Notwendigkeit ist. Wer nun die Erfüllung einer erkannten Lebensnotwendigkeit als unmöglich bezeichnet, der predigt das kampflöse Aufgeben der eigenen nationalen Existenz. Das Beweismaterial dieser Verzweiflungspolitik ist bekannt. Es erschöpft sich in dem Hinweis darauf, was die anderen getan haben, um die Kontinentalpolitik zu verhindern. Die Frage bleibt offen: was haben wir getan, um die Kontinentalpolitik zu verwirklichen?

Die anderen — das ist Frankreich. Bis vor Monaten mußte sich der Anhänger der Kontinentalpolitik mit dem Hinweis darauf begnügen, daß Frankreich längst vor dem Kriege die Annäherung an Deutschland gewünscht, aber hier keinerlei Gegenliebe gefunden hat; daß es aus der anscheinenden Unmöglichkeit einer Verständigungspolitik mit Deutschland auf die Notwendigkeit der rückwärtslosen Sicherungspolitik gegen Deutschland geschlossen hat; daß also von deutscher Seite der erste Versuch unternommen werden müsse, um diesen Bann des Vergangenen zu brechen. Aber heute haben sich die Verhältnisse geändert. Die überaus schwierige Wirtschaftslage Frankreichs ist jedem nicht völlig Unwissenden klar geworden, und ebenso seine Notwendigkeit, bei Deutschland Ergänzung zu finden, im Bösen oder im Guten. Der Friedensvertrag, soweit er auf Frankreichs Rechnung kommt, war die unzulängliche Formel dafür, sich diese Hilfe, soweit es möglich ist, gegen den Willen Deutschlands zu sichern. Die abgeänderte endgültige Fassung dieses Vertrages hat mit aller Deutlichkeit den Weg dafür gewiesen, den Zwang durch Vereinbarung, den Konflikt durch Verständigung zu erlösen. Deutschland bekam freie Hand, grundsätzlich neue Lösungen für die schwierige Entschädigungsfrage vorzuschlagen. Schon im Juni ist hier darüber Lage geführt worden, daß der größte Teil der deutschen Presse diese Tatsache nicht einmal in ihrem vollen Umfange gemeinverständlich veröffentlicht